



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Herrn

[REDACTED]

nur per E-Mail:

[REDACTED]

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 400-0

AZ 131 - K - 602 097/19/0001

Berlin, 22. Januar 2020

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

vielen Dank für Ihre E-Mail an Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 17. Dezember 2019. Ihre Anfrage behandle ich nicht als Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), sondern als Bürgeranfrage, denn Sie bitten um die Beantwortung von Fragen bzw. um eine Stellungnahme. Das IFG gewährt hingegen nur einen Anspruch auf Zugang zu in Akten vorhandenen schriftlichen Informationen. Zudem bitte ich, die verspätete Bearbeitung zu entschuldigen.

Die Haager Landkriegsordnung ist eine Anlage zum IV. Haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges vom 18. Oktober 1907 (RGBl. 1910, S. 107, S. 132). Bei der Haager Landkriegsordnung handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der wesentlicher Teil des humanitären Völkerrechts ist und verbindliche Standards für den bewaffneten Konflikt regelt. Die Haager Landkriegsordnung wurde durch die Genfer Abkommen vom 12. August 1949 (BGBl. 1954 II S. 783, S. 813, S. 838, S. 917) und die beiden Zusatzprotokolle vom 8. Juni 1977 (BGBl. 1990 II S. 1551, S. 1637) ergänzt. Letztere enthalten insbesondere Bestimmungen zum Schutz von Verwundeten, Kriegsgefangenen und Zivilisten in bewaffneten Konflikten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist als Vertragsstaat sowohl an die Haager Landkriegsordnung als auch an die Genfer Abkommen und Zusatzprotokolle im Falle

eines Krieges oder bewaffneten Konflikts gebunden. Darüber hinaus sind die Haager Landkriegsordnung sowie das später hinzugekommene Genfer Recht Teil des für alle Staaten geltenden Völkergewohnheitsrechts.

Es würde mich freuen, wenn diese Ausführungen für Sie hilfreich sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Günther)

Hinweis:

Bei der Bearbeitung Ihres Anliegens wurden bzw. werden von Ihnen personenbezogene Daten verarbeitet. Welche Daten zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage verarbeitet werden, ist abhängig von Ihrem Anliegen und den konkreten Umständen. Weitere Informationen hierzu und über Ihre Betroffenenrechte finden Sie in den Datenschutzhinweisen auf der Internetseite des Bundeskanzleramtes unter [www.bundesregierung.de/bundeskanzleramt-DSH](http://www.bundesregierung.de/bundeskanzleramt-DSH).